

Von der Willkommenskultur zur Partizipation

Mitra Sharifi, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)

Beim Wunsiedler Forum 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Beck, meine sehr geehrte Damen und Herren.

ich wünsche einen schönen guten Morgen und möchte mich ausdrücklich für die Einladung bedanken, als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayerns AGABY, hier beim Wunsiedler Forum zu sprechen. Denn ich halte es für ein wichtiges Signal, Menschen mit Migration- und Fluchterfahrung selbst sprechen zu lassen, sie ernst zu nehmen und sie miteinzubeziehen bei der gemeinsamen Aufgabe, die Demokratie zu verteidigen und Gesellschaft so zu gestalten und so weiterzuentwickeln, dass wir alle, ob mit oder ohne Migrationsgeschichte auch morgen gerne hier leben, gut leben können und als Gemeinschaft zusammenhalten.

Die große und steigende Zahl der Flüchtlinge, die im Moment bei uns Schutz sucht und zu deren Aufnahme uns nicht nur unsere Verfassung, sondern auch ethische Werte wie alle religiösen Grundsätze verpflichten, die die Würde des Menschen achten und ernstnehmen, ist zwar immer noch kleiner als die Zahl der Menschen, die in den Krisenregionen selbst und den Nachbarländern auf der Flucht sind, aber sie stellt für Deutschland einen großen Kraftakt dar, eine Herausforderung dar, die offensichtlich trotz einer effizienter Organisation und der Ressourcen, von denen man

in unserem reichen und hoch entwickeltem Land ausgeht, doch nicht so leicht zu bewältigen ist. Vielleicht machen für uns auch gerade die professionelle Komplexität und höhere Standards manches noch schwieriger.

Wie auch immer sind gerade in Bayern viele damit beschäftigt, die Unterbringung und Notversorgung geflüchteter Menschen zu organisieren. Ich möchte mich an dieser Stelle auch als Migrantin und im Namen der bayerischen Beiräte bei allen bedanken, die in den Verwaltungen auf der Bundes-, Landes- und Bezirksebene, aber vor allem in den Kommunen, bei der Polizei, den Jugendämtern, dem technischen Hilfsdienst, den Wohlfahrtsverbänden, in den Schulen und allen anderen Stellen beruflich mit der Unterbringung und Versorgung Asyl suchender Männer, Frauen und Kinder beschäftigt sind. Ich weiß, dass Sie mehr leisten als sie beruflich müssten. Vergelte es Gott. Aber ich bin auch sehr froh und ja auch ziemlich stolz, dass viele tausende Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine und Religionsgemeinschaften in unserem Bundesland rein ehrenamtlich Tag und Nacht den Flüchtlingen zur Seite stehen. Ich danke Ihnen von Herzen, ohne Sie würde es gar nicht gehen. Aber die Politik darf Sie nicht allein lassen. Ehrenamtliche brauchen hauptamtliche Koordinierung, Unterstützung und Wertschätzung. Wenn man die Flüchtlinge als Chance begreift, dann müssen wir diese Entwicklung bereits jetzt als einen großen gesellschaftlichen Gewinn betrachten. Die viel beschworene Willkommenskultur hat mit dieser Hilfsbereitschaft ein Gesicht bekommen. All die entstandenen menschlichen interkulturellen Kontakte und Netzwerke sind ein Schatz für unser Land und für mich eine große Quelle der Hoffnung, dass wir es schaffen. Und wir werden sie brauchen. Denn in den nächsten Monaten und vielleicht Jahren werden wir nicht nur Hilfe und Kleider für die Flüchtlinge benötigen,

sondern wir werden die Zivilgesellschaft und ihre Zivilcourage brauchen, um unsere Demokratie und unsere Gesellschaft gegen diejenigen zu schützen, die es auch gibt, die Feuer legen in den Flüchtlingsunterkünften oder in den öffentlichen Debatten, die mit Neid und Umverteilungsängsten argumentieren, die mit rassistischen Parolen mobilisieren, die Flüchtlinge in Gute und Schlechte einteilen. (Einige junge Flüchtlinge, die im so genannten Rückführungslager in Bamberg untergebracht sind, weinten vor einigen Tagen. Sie fühlten sich diskriminiert als Flüchtlinge zweiter Klasse, als Flüchtlinge die keine Chance bekommen sollen).

Ja wir werden auch gegen die Positionen kämpfen müssen, die anstatt die Fluchtursachen zu bekämpfen, nur die Schleuser bekämpfen. Schleuser gibt es nur deshalb, weil kein Flüchtling ohne sie fliehen kann. Die Grundlage für diese oft auch kriminell ausgenützte Dienstleistung sind die Mauern um Europa. So ist es beschämend, wenn nicht der Krieg in Syrien oder Wiedererstarken der Taliban in Afghanistan als Problem angesehen werden, sondern nur, dass die Grenzen Europas nicht dicht genug sind, dass die Menschen es schaffen, den Tod im Nacken hierher zu kommen und Schutz zu suchen.

Und um diesen Kampf um Demokratie und Zusammenhalt der Gesellschaft zu gewinnen, und das wird nicht leicht, werden wir nicht nur die zivile Courage brauchen, sondern auch couragierte Politikerinnen und Politiker, die sich nicht von den Ängsten treiben lassen, sondern an Werten dieser Gesellschaft und der Verfassung festhalten, und lassen Sie mich an dieser Stelle der Bundeskanzlerin Merkel danken, wir werden es nicht vergessen, dass sie allen europäischen Rassisten zum Trotz, zu den Flüchtlingen ja gesagt hat, warum auch immer. Sie hat es

getan und sie riskiert damit viel. Auch das ist Courage: das Grundgesetz zu verteidigen.

Ich bin nicht naiv und ich mache keinen Hehl daraus, dass die Erstaufnahme, so schwer sie auch im Moment erscheint, nicht das Schwierigste ist. Wir können heute nicht absehen, wie viele Flüchtlinge wie lange bei uns bleiben werden. Wir müssen aber davon ausgehen, und ich sage eigentlich: auch hoffen, dass ein großer Teil länger bleibt. Die Aufgabe, den Migranten zu ermöglichen in dieser Gesellschaft ihren Platz zu finden, um in unser aller Interesse gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft zu werden und ihre Energie und Fähigkeiten hier einzubringen, also was im allgemeinen unter „Integration“ subsumiert wird, betrachte ich auch als eine Chance, und die Gesellschaft insgesamt weiterzuentwickeln und zukunftsfähig zu machen. Ob das gelingt, liegt an uns.

Lassen Sie mich erläutern warum:

In den letzten 15 Jahren sind wir einige Schritte weiter gekommen:

- Wir haben das Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht – wenn auch etwas halbherzig - modernisiert. Die allgemeine Hinnahme der Doppelstaatlichkeit bleibt eine offene Baustelle.
- Viele Kommunen haben erste Schritte zu einem Integrationskonzept und einer interkulturelle Öffnung der Verwaltungen und Regeldienste gemacht. Manche sind schon weiter, manche überlegen noch.
- Es sind richtige, wenn auch nicht ausreichende Regelungen bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen unternommen worden.

- Wir hatten es gerade geschafft, von einigen Abschreckungs- und ich nenne sie Flüchtlingsschikanierungsmaßnahmen, wie dem unsinnigen und teuren Sachleistungsprinzip sowie von den Arbeitsverboten für Flüchtlinge weg zu kommen.
- Wir hatten viele überbuchte Sprachkurse, wenn auch mit Lehrkräften in prekären Arbeitsverhältnissen, aber trotzdem wenigstens in den Städten ein ansehnliches Angebot guter Kurse und eine große Nachfrage
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entwickelte sich zu einer Behörde mit großem Sachwissen im Bereich Integration.
- Mit dem AGG, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, wurden erste rechtliche Grundlagen für die Ahndung von Rassismus auch im privaten Bereich geschaffen, auch wenn das Gesetz noch viel zu wenig bekannt ist und nur wenig Anwendung findet.
- Im vorschulischen Bereich wurden viele Fortbildungen und Maßnahmen zur frühen Sprachförderung auf den Weg gebracht. Die Kompetenzen in den Teams sich deutlich gestiegen.
- Im Dialog mit Muslimen gab es Fortschritte, es sind die ersten Lehrstühle der islamischen Theologie zur Ausbildung von Imamen und Religionslehrern in Deutschland eingerichtet worden.
- Auch im politischen Bereich gab es Fortschritte: durch europäische Gesetze hat ein Teil der Ausländer, also die EU-Bürger, das kommunale Wahlrecht bekommen und Menschen mit Migrationshintergrund sitzen in den Stadt- und Landesparlamenten, im Bundestag, sowie in der Führung verschiedener Parteien, aber auch der Regierung und Ministerien

Das sind gute Entwicklungen, die weiter ausgebaut werden müssen. Wir haben in einigen Bereichen aber weiterhin Nachholbedarf und mit den neuen Migranten wird dieser Bedarf dringender und sichtbarer.

So ist es z. B. sehr wichtig, dass die Integration endlich zu einer Pflicht- bzw. Gemeinschaftsaufgabe erklärt wird, damit die Maßnahmen zur Integration in den Kommunen nicht als „freiwillige“ Aufgaben der Kommunen betrachtet und gerade finanzpolitisch als solche behandelt werden. Überhaupt werden die Kommunen viel zu oft mit dieser Aufgabe allein gelassen. Es fehlen diesbezügliche Strukturen, personelle und finanzielle Ressourcen sowie koordinierende Unterstützungsangebote auf der Landesebene.

Mein großes Herzensanliegen und meines Erachtens die Achillesferse der Integration ist die Schule.

Gerade die vielen Kinder und junge Menschen unter den Flüchtlingen sind für unser geburtenschwaches Land ein großes Geschenk. Wir können sie alle als gut ausgebildete Fachkräfte brauchen. Aber die Schulen sind überfordert. Hier werden wir Veränderungen und Investitionen brauchen, die nicht nur diesen Kindern zu Gute kommen, sondern endlich unsere Schulen in die Lage versetzen, Kindern in ihrer Unterschiedlichkeit gerecht zu werden und individuell zu fördern. Wir müssen es schaffen, Schluss machen mit der ewigen Selektion, und aus unseren Schulen inklusive Gemeinschaften machen. Heute werden wir für den monolingualen und monokulturellen Habitus der Schulen, der längst die bunte Zusammensetzung der Schülerschaft ignoriert, bestraft. Vielleicht können wir mehr Mehrsprachigkeit und interkulturelle Vielfalt wagen und allen Kindern reelle Chancen zu einer angemessenen Förderung und Bildung ermöglichen. Die Flüchtlingskinder machen diesen Bedarf noch sichtbarer. Ich weiß, wie viele engagierte Lehrkräfte

versuchen im engen Korsett des Lehrplans und des Leistungsdrucks den Kindern gerecht zu werden. Sie brauchen Unterstützung, mehr Personal, kleinere Klassen und bessere Ausbildung. Wir haben nicht einmal annähernd genügend Lehrkräfte, die eine DaZ- oder gar DaF-Ausbildung haben. Wir haben kaum Lehrkräfte, die wissen, wie man auch im Mathe- und Biologie-Unterricht Sprachförderung betreibt, was wissenschaftlich erwiesenermaßen notwendig wäre. Wir haben kaum mehrsprachige Pädagogen in den Schulen, die auch in der Elternarbeit manches vereinfachen könnten.

Ich merke, ich bin wieder in Fahrt, weil die Rolle der Bildung gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. Aber das ist ein weites und ich weiß auch leider politisch vermintes Feld.

Über Sprachkurse und berufliche Bildung für Erwachsene sage ich nicht viel. Ich hoffe sehr, dass mit der Doppelspitze vom Bamf und Arbeitsagentur in einer Person und dem großen Bedarf der Wirtschaft hier weitere Maßnahmen möglich sind. Es wäre schade, wenn wir noch mehr Ärzte und Rechtsanwälte, Pädagogen und Künstler zu Reinigungskräften machen. Ich hoffe, dass die Wirtschaft im eigenen Interesse nachweislich vorhandene Diskriminierungsmuster in der Personalpolitik überwindet und den Menschen die Chance gibt, ihre Kompetenzen einzubringen, aber auch verantwortungsvoll damit umgeht, in ihnen nicht nur billige Arbeitskräfte zu sehen, sondern Menschen, die unterstützt werden sollen, gesellschaftlich anzukommen, sich fortzubilden und weiterzuentwickeln.

Die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, die praktische Einstellung des sozialen Wohnungsbaus und die knappe Zahl bezahlbarer Wohnungen waren bereits vor der aktuellen Flüchtlingszahl-entwicklung ein Problem. Die Beiräte fordern seit Jahren staatlich geförderten

bezahlbaren Wohnraum für Familien und Geringverdiener. Wir müssen besser gestern als morgen anfangen zu bauen. Denn die Konkurrenz um billige Wohnungen kann zu einer unsäglichen und gefährlichen Konkurrenz zwischen den Flüchtlingen und anderen gering verdienenden Menschen um das knappe Gut Wohnung in den Städten führen. Ich hoffe, dass wir hier schnell und mit kreativen Ideen neue sozial gut verträgliche Wohnmöglichkeiten und -modelle bekommen.

Alle Integrationsmaßnahmen, meine Damen und Herren, werden nichts nützen, wenn wir es nicht schaffen, den politischen Kampf um die öffentliche Meinung zu gewinnen

Wenn wir nicht beherzt und überzeugt klar machen, dass Migrantinnen und Migranten bereits ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaft, der Wirtschaft und unserer Kultur sind. Dass wir alle nur eine Zukunft haben, wenn wir auf Vielfalt setzen UND Migration als Chance gestalten.

Dafür werden wir viel politisches und bürgerschaftliches Engagement brauchen.

Wir werden die Leistungen der Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen sichtbar machen, und ihre Integrationserfahrungen, ihre interkulturelle Wissen und Kompetenzen aber auch ihre ethnische Netzwerke miteinbeziehen müssen.

So sind Einrichtung von kommunalen Integrationsbeiräten mit gewählten Vertretern der Migrantenbevölkerung als Ansprechpartner für Verwaltung und Öffentlichkeit ein wichtiges Instrument, Migranten auch unterhalb der Ebene des Wahlrechtes an der Kommunalpolitik zu beteiligen. Im Oberfranken sind sie leider noch sehr rar. Eigentlich schade. Der Bamberger OB könnte Ihnen erzählen, wie sehr Bamberg davon profitiert, dass mit dem Beirat über Jahre viele wichtige Kontakte und

Netzwerke zustande gekommen sind, wieviel interkultureller und interreligiöser Dialog initiiert und unterstützt worden ist. Wieviele sinnvolle Integrationsprojekte angeregt, umgesetzt oder unterstützt worden sind.

Hier wäre auch die Landesregierung dran, endlich die AGABY als eine entsprechende Migrantvertretung auf der Landesebene anzuerkennen und rechtlich einzubinden.

Auch wenn alle im Moment nur die Flüchtlinge im Kopf haben und andere integrationspolitische Forderungen kaum noch Gehör finden, AGABY hat gemeinsam mit einem breiten Bündnis, u. a. mit Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden die alte Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für alle wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Denn wir sind überzeugt, ohne auch die politische Partizipation aller ihrer Bewohner kann die Integration nicht gelingen und eine Demokratie nicht zusammenhalten.

Vielen Dank